



Mietobergrenze soll in vier Großstadtregionen und der Pariser Region eingeführt werden

***Bordeaux, Lyon, Grenoble und Montpellier sowie „mehrere interkommunale Behörden in der Region Paris“ sind Kandidaten.***

Erst Paris und Lille, nun auch von den vier Metropolen Bordeaux, Lyon (einschließlich Villeurbanne), Grenoble und Montpellier sowie von „mehreren interkommunalen Gemeinden der Pariser Region“, soll eine Regulierung der Mieten geprüft werden, kündigt die Wohnungsbauministerin Emmanuelle Wargon an.

Marseille und Toulouse, „die ihre Absicht bekundet hatten, auch teilzunehmen, haben sich nun doch anders entschieden, und ich bedauere dies“, sagte die Ministerin in einem Interview mit der Tageszeitung Les Echos am Dienstag, dem Tag nach Ablauf der Frist für Städte, sich für dieses Programm zu bewerben, das bis 2023 laufen soll.

In der Ile-de-France haben sich elf Gemeinden von Grand Orly Seine Bièvre sowie die Stadt Grigny in der Gemeinde Grand Paris Sud Seine Essonne Sénart beworben.

„Diese Maßnahme allein wird das Wohnungsproblem nicht lösen, warnt die Ministerin: Kommunen, die ihre Mieten kontrollieren wollen, müssen auch beim Wohnungsbau aktiv sein“. Im Hinblick auf Städte, „deren Bürgermeister oft Ökologen sind“, wie „Bordeaux, Annecy“, wo „Baugenehmigungen schwer zu bekommen sind“, glaubt Emmanuelle Wargon, dass die Mietpreisbindung „nicht das Alibi für einen Wohnungsbau auf Halbmast sein kann“.